Protokoll

über die am Montag, 29. Juli 2019, 19.30 Uhr im Feuerwehdepot
(Walcherbauer 23, 3343 Hollenstein an der Ybbs) stattgefunden

Gemeinderatssitzung

- Vorsitzender:** Bgm. Manuela Zebenholzer
- Anwesend:** Vzbgm. Walter Holzknecht; gGR Ing. Raimund Forstenlechner BA; gGRin Petra Mandl, GR Ing. Manfred Gruber, GR Bernhard Sonnleithner, GR Ing. Erwin Streicher, GR Chrysanthemus Stix, GR Mario Seisenbacher, GR Bernhard Forstenlechner, gGR Ing. Herbert Jagersberger, gGR Ing. Friedrich Buder; GR Martin Sonnleitner, GRin Martina Eschauer, GR Philip Winkelmayer BSc, GR Ing. Bernhard Jagersberger, GR Anton Klapf, GRin Lisa Danner;
- Entschuldigt:** GR Leopold Danner
- Schriftführer:** Wolfgang Kefer

Tagesordnung:

- 1) **Bilanz des Licht- und Kraftvertriebes für das Rechnungsjahr 2017**
- 2) **Bericht des Prüfungsausschusses vom 29. Juni 2019**
- 3) **Bericht des Ausschusses für Finanzen Wirtschaft Tourismus und Soziales vom 10.07.2019**
- 4) **Naturpark Charta**
- 5) **Darlehensaufnahme ABA BA 15 (Steinhausgründe)**
- 6) **Bericht des Ausschusses für Bauen Energie und Raumordnung vom 11.07.2019**
- 7) **Vergabe Wasserbauarbeiten WVA BA 06 – Ergänzung (Bauteil 5 – Knöpfellehen)**
- 8) **Aufschließung Lus-Gründe**
 - a) **Tauschvertrag ÖBF AG/Familie Helm – Gemeinde Hollenstein**
 - b) **Widmung Öffentliches Gut (Lus-Gründe)**
- 9) **Kaufvertrag Steinhausgründe - Sterlinger / Rumpf**
- 10) **Statutenänderungen Verein Ybbstalradweg**
- 11) **Personal (Vertraulich)**
 - a) **Aufnahme Verwaltungsfachkraft**
 - b) **Überstellung VB Evelyn Gratzer vom LKV zur Gemeinde**

Die Vorsitzende stellt an Hand der Einladungskurrende fest, dass zur heutigen Sitzung die Mitglieder des Gemeinderates ordnungsgemäß eingeladen wurden. Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Auf die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung wird verzichtet. Der Inhalt wurde von den Protokollprüfern geprüft, für in Ordnung befunden und das Protokoll allseits unterfertigt. Es gilt somit als genehmigt.

F:\WU\Protokolle\Gemeinderat\GR190729.docx

1. Bilanz des Licht- und Kraftvertriebes für das Rechnungsjahr 2017:

Bgm Manuela Zebenholzer ersucht den Geschäftsführer Wolfgang Kefer dem Gemeinderat die Bilanz des Licht- und Kraftvertriebes für das Rechnungsjahr 2017 zur Kenntnis zu bringen.

Anhand nachstehender Vergleichszahlen wurde die Bilanz dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht. Eine Vollversion des Abschlusses stand beiden Fraktionen zur Beratung zur Verfügung

Vergleichszahlen 2017						
	2017	2016			2015	2014
Erlöse Strom	€ 846 570,57	€ 778 545,99	8,74%	€ 68 024,58	€ 650 421,93	€ 707 676,02
Einkauf Strom	€ 338 945,46	€ 349 294,95	-2,96%	-€ 10 349,49	€ 337 815,10	€ 370 644,90
verkaufte Strommenge in kWh	5 322 312,6	5 052 388,8	5,34%	269 923,8	4 743 777,2	5 066 632,0
durchgeleitete Menge	239 937,9	264 654,3	-9,34%	- 24 716,4	177 525,0	187 164,0
Summe	5 562 250,5	5 317 043,1		245 207,4	4 921 302,2	5 253 796,0
Durchschnittserlös	0,1591	0,1541		€ 0,0050	0,1371	0,1397
Erlös OGA	€ 135 127,35	€ 124 326,54	8,69%	€ 10 800,81	€ 104 006,06	€ 113 551,81
Aufwand OGA	€ 70 644,37	€ 61 061,35	15,69%		€ 81 261,37	€ 81 192,32
Überschuss aus OGA	€ 64 482,98	€ 63 265,19			€ 22 744,69	€ 32 359,49
Erlös Kraftwerke	€ 63 603,34	€ 97 465,12	-34,74%	-€ 33 861,78	€ 69 697,31	€ 103 100,13

	2017	2016		2015	2014
Eigenmittelquot	49,14%	53,15%	-4,01% (Prozentpun	50,36%	50,42%
Entschuldung in	6,2	7,2		5,7	6,0
Rentabilitätskennzahlen:					
Umsatzrentabilität	1,43%	0,81%	0,62%	0,01%	-0,14%
Eigenkapitalrent	2,23%	1,22%	1,01% (Prozentpun	0,02%	-0,20%
Gesamtkapitalre	1,19%	0,72%	0,47%	0,15%	0,04%

gGR Buder stellt die Anfrage warum sich die Forderungen von € 194.990,46 zu Beginn des Rechnungsjahres auf € 348.835,75 zum Bilanzstichtag 31.12.2017 erhöhen. Dazu erklären GF Wolfgang Kefer bzw. BL Ing. Raimund Forstenlechner, dass dies durch den höheren Stromverkauf und die damit verbundene höher Nachverrechnungssumme zu

erklären ist bzw. haben einige Gewerbetunden die Umstellung des Verrechnungszeitraumes auf das Kalenderjahr ersucht.

gGR Ing. Herbert Jagersberger urgiert den rechtzeitigen Vorlagetermin der jeweiligen Bilanz

Über Antrag von Bgm Manuela Zebenholzer wird die vorliegende Bilanz 2017 des Licht- und Kraftvertriebes vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

2. Bericht Prüfungsausschuss vom 29. Juni 2019

Der Bericht des Prüfungsausschusses vom 29. Juni 2019 wurde von GR Philipp Winkelmayer dem Gemeinderat vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht und von der Bürgermeisterin zur Kenntnis genommen.

3. Bericht des Ausschusses für Finanzen- Wirtschaft- Tourismus- und Soziales vom 10.07.2019:

Das Protokoll der Ausschusssitzung vom 10. Juli 2019 stand beiden Fraktionen zur Beratung zur Verfügung. Daher wird einvernehmlich auf eine vollinhaltliche Verlesung verzichtet.

Bgm Manuela Zebenholzer bringt daher den Bericht auszugsweise zur Kenntnis:

1. Besuch der Partnergemeinde Siegenburg
Zum Marktfest am 17. bis 18. August 2019 nicht möglich. Alternativ wird daher ein Besuch zu einem Weinfest Mitte Oktober vorgesehen. Angeregt wird die Vereine besser einzubinden. Teilweise ist das auch schon in Umsetzung (z.B. Naturfreunde/Stockschützen/Feuerwehr) – in Hollenstein sollte jedenfalls noch vor dem Jänner 2020 die Partnerschaftsurkunde unterzeichnet werden, da der dritte Bürgermeister von Siegenburg dann aus seinem Amt ausscheidet. – Zum Jubiläumsfest der Hollensteiner Feuerwehr sollten z.B. die Siegenburger eingeladen werden.
2. Wirtschaftspark Ybbstal GmbH
 - a) Betriebsgebiet Steinhafen – Derzeit im Widmungsverfahren, gleichzeitig wird jedoch auch über die Finanzierung der Infrastrukturmaßnahmen verhandelt. Am 3. Sept. 2019 findet das Regionssymposium in Waidhofen/Ybbs (Plenkensaal) statt. Daran sollten die Gemeinderäte zahlreich teilnehmen.
 - b) Königsberglifte – Eventuell weitere Unterstützung für Projekte (geplant bzw. erforderlich)
3. Kim Hoam Fest 2019 – Fest sehr gut abgelaufen, auch dank der Mithilfe der Freiwilligen Feuerwehr – die Abrechnung steht noch aus.
4. Zeitreisewaggon – Wurde schon vorweg beim Kim-Hoam-Fest präsentiert. Die Eröffnung fand am vergangenen Samstag im Zuge der Ybbstaltour statt. Bgm

Zebenholzer zeigt sich sehr erfreut über den zahlreichen Besuch und dem großen Interesse.

5. Naturparkangelegenheiten – Obfrau Christina Forsthuber ist sehr aktiv – Gestaltung der Promau (Spielplatz, Sicherung der Bäume) – Die Lohhütte ist fertig saniert. Die Dachschilden sind bestellt und sollten demnächst geliefert werden. Einige Projekte sind in Vorbereitung und sollen Anfang September bei der Eisenstraße präsentiert werden und dann auch in den Genuss der Leaderförderung zu kommen. Die Fachschule Unterleiten wird ebenfalls zur Naturparkschule. Beim Kindergarten hat man diesbezüglich noch einiges an Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Naturpark-Charta (Bekanntnis der Gemeinde zum Naturpark) wird anschließend noch unter einem eigenen Tagesordnungspunkt behandelt und beschlossen.
6. Bilanz des Licht- und Kraftvertriebes für das Rechnungsjahr 2017 – wurde bereits unter Punkt 1 der heutigen Tagesordnung behandelt und beschlossen.
7. Finanzierung ABA BA 15 – Darlehensaufnahme – Darlehen wurde ausgeschrieben – Die Aufnahme wird heute ebenfalls noch unter einem eigenen Tagesordnungspunkt behandelt und beschlossen.
8. Eisenstraße „Naturnahes Camping“ – könnte eventuell über Leader gefördert werden – Entsprechender Antrag wurde gestellt. Folgende Plätze wurden eingereicht:
 - Wentsteinhammer (derzeit Fair Use)
 - Zeitreise Waggon (Strom zur Verfügung stellen)
 - Groß-Bach (Parkplatz adaptieren)
 - StaudachGrundsätzlich sind die Standplätze je nach ihrer Ausstattung in verschiedene Kategorien eingeteilt
9. Volkshilfe – Vortrag über Demenz hat stattgefunden, nächster Vortrag – geplant über Pflegeverfügung und Patientenverfügung – Essen auf Räder derzeit wieder rückläufig
10. Ferienbetreuung – vierte Woche über Naturpark organisiert (Yvonne Fohringer + Petra Mandl) – war sehr bemüht – 16 Kinder zwischen drei und 11 Jahren - fünf Halbtage – hat sehr gut funktioniert. Kinder waren sehr entspannt - jedes Kind hat zwei bis drei selbst gebastelte oder gestaltete Sachen mit nach Hause genommen – Heuer beim Land einen 6. Platz erreicht (Fankhausers Regina Ziel = Platz 1)
11. Bericht aus der Kleinregion Ybbstal:
 - Thema IST-Mobil, - Ybbstaltour, - WLV Betreuung + Förderabrechnung, - Standortagentur Ybbstal - digitales Schaufenster – Abrechnung IKP
12. Bericht Narzissenprojekt – David Bock war sehr begeistert, weil er eine endemisch vorkommende Wolfsmilch gefunden hat; zwei Ausschreibungen betreffend der medialen Begleitung des Projektes sind noch zu machen.
13. Tourismusinformation – Ybbstaler Alpen – Pickerl – Postkarten – Kosten über die Gewerbetreibenden – keine Kosten auf Gemeinden (nur Organisation)
14. Mostviertellinie: Takt wird verdichtet – Die Hauptroute wird über Hollenstein geführt

Der Bericht des Ausschusses für Finanzen- Wirtschaft- Tourismus und Soziales vom 10. Juli 2019 wird vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen.

4. Naturpark Charta

Der Naturpark NÖ Eisenwurz erstreckt sich über eine Fläche von 4.943 ha in der Gemeinde Hollenstein an der Ybbs. Er nimmt vielfältige Aufgaben zur Aufrechterhaltung der Qualitäten der geschützten Naturräume wahr.

Diese Aufgaben erstrecken sich im Sinne des 4-Säulen-Modells auf die Themen Schutz, Bildung, Erholung und Regionalentwicklung. In diesem Zusammenhang werden **umfangreiche Leistungen für die Gemeinde** erbracht:

- **Schutz: Naturparke kümmern sich um die qualitativ hochwertigen Natur- und Kulturlandschaften der Gemeinde.** Der Erhalt von schützenswerten Flächen und Arten wird zu einem in der Gesellschaft immer wichtiger werdenden Thema. Der Druck auf Naturräume wächst und gefährdet die Biodiversität, die eine wichtige Basis für Lebensqualität der Einheimischen und Erholungsqualität der Gäste darstellt. Naturparke sichern den Erhalt dieser Räume auf vielfältige Weise (z.B. Besucherlenkung, Schutzmaßnahmen, Unterstützung nachhaltiger Bewirtschaftungsformen).
- **Bildung: Naturparke ermöglichen breite Bewusstseinsbildung bei Bevölkerung und Gästen.** Die Naturthemen der Gemeinde werden qualifiziert aufbereitet und sämtlichen Altersgruppen zugänglich gemacht. Schon Kleinkindern in der Gemeinde werden identitätsstiftende Werte vermittelt, die Besonderheiten der Region prägen das Heimatbewusstsein. Verwurzelung kann nur stattfinden, wo eine Auseinandersetzung mit der eigenen Umwelt erfolgt.
- **Erholung: Naturparke erhalten immer wichtiger werdende (Nah-)Erholungsräume für Einheimische und Gäste.** Laut Werteindex 2018 (deutschsprachiger Raum) rangiert das Thema „Natur“ noch vor „Gesundheit“ und „Familie“ auf Platz eins. Das Bedürfnis, sich in Naturräumen zu erholen, wächst sukzessive. Dies gilt nicht nur für den städtischen, sondern vermehrt auch für den ländlichen Bereich. Dabei entsteht einerseits der Wunsch nach Entschleunigung in Form von Rast- und Ruhezeiten, andererseits der Wunsch nach Aktivitätszonen, „Auspowern“ und Bewegung. Naturparke ermöglichen durch ihre Einrichtungen eine Erholungsqualität in einem besonders attraktiven Umfeld.
- **Regionalentwicklung: Naturparke stärken regionale Wirtschaftsbetriebe und Wirtschaftskreisläufe.** Einerseits wird der Konsum in Gastronomie- und Nächtigungsbetrieben erhöht, andererseits finden regionale ProduzentInnen einen Absatzmarkt in vielen Naturparken. Außerdem kooperieren Naturparke mit heimischen Unternehmen. Eine Naturparkgemeinde hat bei entsprechender Kommunikation auch Modellcharakter für eine ganze Region: Der Naturpark dient als Aushängeschild für soziales, pädagogisches, touristisches und ökologisches Engagement. Tourismusstrategien unterschiedlichster Regionen verstärken den Fokus auf Naturerlebnisse, entsprechende Zuwächse sind zu erwarten.

2018 wurde in einem partizipativen Prozess ein **Naturpark-Konzept** erarbeitet, in dem diese Säulen für den Naturpark NÖ Eisenwurzen ausgearbeitet wurden. Dieses Konzept ist die Voraussetzung für Förderungen durch das Land NÖ und ist diesem Grundsatzbeschluss beigelegt.

Um die vielfältigen Leistungen zu erbringen, braucht es ein **klares Bekenntnis der Gemeinde zu den Aktivitäten des Naturparkes** und entsprechende Unterstützung auf unterschiedlichen Ebenen.

So sind neben einer finanziellen Unterstützung die Tätigkeiten des Bauhofes für Erhaltung der Infrastruktur (u.a. Beschilderung, Wegeerhaltung, Mäh-Tätigkeiten, Sitzplatz) und die Kommunikation der Aktivitäten des Naturparks eine wesentliche Grundvoraussetzung für eine aktive Bewirtschaftung des Naturparkes im Sinne der Gemeinde.

gGR Ing. Friedrich Buder stellt die Anfrage ob die Bauhofleistungen auch tatsächlich erbracht werden können. AL Kefer und Bgm Zebenholzer teilen mit, dass der Bauhof betreffend der Grünraumpflege – und somit auch für Pflege- und Instandhaltungsarbeiten - tatsächlich an die Leistungsgrenzen gelangt ist. Daher wird derzeit gemeinsam mit dem Naturparkverein geprüft welche Unterstützungen bzw. Beschäftigungsprogramme bzw. Förderungen in Anspruch genommen werden können, um das Bauhofteam zu verstärken. Über die Beschäftigungsaktion 50+ konnte z.B. keine geeignete Person gefunden werden. Bgm verweist auf das freiwillige soziale Jahr anstelle des Präsenzdienstes

Die Vergabe an Dritte wiederum würde die Gemeinde bzw. den Naturpark finanziell zu sehr belasten. In diesem Zusammenhang erwähnt und lobt Bgm Zebenholzer die Leistungen freiwilligen Pfleger der Blumenrabatteln und Verkehrsinseln.

Eine weitere Anfrage richtet sich betreffend der Unterstützung durch die ÖBF AG. Dazu berichtet Bgm Zebenholzer, dass mit den Bundesforsten reger Kontakt besteht. Die ÖBF AG hat auch einen Bildungsauftrag und ist daher an einer positiven Entwicklung des Naturparkes sehr wohl interessiert. Teilweise stellen die Bundesforste auch das Holz zur Verfügung bzw. das Loh für die Hütte. Die Umsetzung des Projektes Flachmoor wird gemeinsam mit den Bundesforsten geschehen.

Gelegentlich „zwickt“ es etwas mit den Informationen – auch Richtung Kitzhütte – vor allem aber, da die Gemeinde von den Förstern bzw. ausführenden Firmen nicht rechtzeitig informiert wird. Das Problem wurde schon mehrmals angesprochen, alle Beteiligten versprachen eine Verbesserung dieser Angelegenheit.

Über Antrag von Bgm. Manuela Zebenholzer beschließt der Gemeinderat einstimmig den Naturpark NÖ Eisenwurzen laut nachstehendem Konzept zu unterstützen.

Der Gemeinderat der Gemeinde Hollenstein an der Ybbs bekennt sich zum Naturpark NÖ Eisenwurzen und beschließt, die Aktivitäten des Naturparkes zu unterstützen. Dies umfasst eine finanzielle Unterstützung des Naturparkes mit einem Basisbetrag von €

3.000.- pro Jahr für die Dauer von 5 Jahren (als Basis für die Inanspruchnahme von Landesmitteln). Ebenso werden Leistungen des Bauhofes für Erhaltung der Infrastruktur im Naturpark in einem jährlich gemeinsam festgelegten Rahmen erbracht und die Aktivitäten des Naturparkes in den der Gemeinde zur Verfügung stehenden Kommunikationsmitteln (z.B. Gemeindezeitung, Homepage) nach Innen und Außen kommuniziert.

5. Darlehensaufnahme ABA BA 15 (Steinhausgründe)

Ausgeschrieben wurde ein Darlehen in der Höhe von € 100.000,--.

Dieses Darlehen wird aus den Mitteln des NÖ Landeswasserwirtschaftsfonds bzw. des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, vertreten durch die Kommunalkredit Austria AG, gefördert.

Laufzeit: 25 Jahre - Zuzählung: 2019 bis 2044

Fälligkeitstermin: jeweils 1. Februar bzw. 1. August
Tilgungsbeginn: 1. August 2020

Verwendungszweck: **„ABA Hollenstein – BA 15“
(Finanzierung Kanalbau/Steinhausgründe)**

Laufzeit gebunden an EURIBOR (6 Monate); halbjährliche Anpassung; decursiv 30/360

Die Anbotseröffnung im Zuge der Gemeindevorstandssitzung am 19. Juli 2019 brachte folgendes Ergebnis:

Sparkasse Amstetten - Aufschlag + 0,49 %
Volksbank Alpenvorland – leer – legt kein Angebot
Raiffeisenbank Mittleres Mostviertel Aufschlag + 0,99%
Bank Austria – leer – legt kein Angebot
Hypo kein Angebot, PSK – kein Angebot abgegeben

Vergabevorschlag des Gemeindevorstandes lautet: Sparkasse der Stadt Amstetten

Über Antrag von Bgm. Manuela Zebenholzer beschließt der Gemeinderat einstimmig das ausgeschriebene Darlehen für ABA BA 15 an den Best- und Billigstbieter Sparkasse Amstetten mit einem Aufschlag von 0,49%-Punkte zu vergeben.

6. Bericht des Ausschusses für Bauen- Energie- und Raumordnung vom 11.07.2019

In der Sitzung des Ausschusses für Bauen-, Energie- und Raumordnung am 11. Juli 2019 wurde nachstehende Tagesordnungspunkte besprochen bzw. behandelt

1. Generalsanierung Rathaus – Die Mitglieder des Ausschusses haben eine Woche später die Baustelle besichtigt. Derzeit werden die Abbruchsarbeiten durchgeführt.

Kleinkraftwerke:

- a) Kesselgraben: Die Sanierung ist abgeschlossen
- b) Kraftwerk Königsberg: Eine Kosten-Nutzen-Rechnung wurde vorgelegt – Auswirkungen auf das Kraftwerk Guger – Termin mit Jagersberger (Salcheck) betreffend Vereinbarung noch ausständig

2. Erstellung eines örtlichen Entwicklungs- und Raumordnungskonzeptes – liegt bis 31.7.2019 noch zur öffentlichen Einsichtnahme auf – Einige Stellungnahmen sind eingetroffen, diese hat nun der Raumordner zu beantworten – eine Beschlussfassung im Herbst 2019 sollte möglich sein.

3. Ybbstalradweg – Übernahme der Schlüsselbauwerke – 16. Juli 2019 - Besprechung in Opponitz – Aus dem Projekt resultiert ein Fehlbetrag in der Höhe von € 700.000,--; aus heutiger Sicht wird das Land den Fehlbetrag übernehmen – Im Gegenzug müssen sich die Gemeinde beim Erhalt der Schlüsselbauwerke beteiligen (z.B. Randbalken oder Befestigungsmauern, räumen der Steinschlagauffangeinrichtungen).

4. WVA BA 06:

- a) Wiederherstellungsarbeiten Siedlung Kalchau – Arbeiten sind abgeschlossen
- b) Steinhausgründe (inkl. Verlegung Kanal ABA BA 15 + Verkabelungen) – Kanal- und Wasserleitung sind verlegt; Verkabelung wird noch in dieser Woche abgeschlossen
- c) Luss // Baubeginn voraussichtlich Kalenderwoche 38/2019
- d) Saimannslehen – Ring- (Transportleitung) wird ab der Kalenderwoche 34/2019 verlegt
- e) Hausanschluss Familie Prüller (Wenten 20) – wird derzeit errichtet und sollte noch in dieser Woche abgeschlossen sein.

5. Straßensanierung bei Spitzer/Nöbauersteg – Aufträge wurden im Gemeindevorstand vergeben

6. Straßenbau Bundesforstesiedlung – mittlerweile auch abgeschlossen

7. Sanierung Kläranlage/Pumpwerke – Abstimmungsgespräch mit Klärwärter betreffend Findung des Zivilingenieurs

8. Instandhaltung bzw. Neubau Güterwege

- Doberau abgeschlossen
- Raingrub fehlt noch die Finanzierungszusage (Die politischen Parteien sollten intervenieren)

9. Unwetterschäden

- Sandgrabenstraße (Uferanbruch + Bachräumung) – bereits erledigt – Gesamtkosten € 9.000,--
- Sattelweg - Böschungsrutschung
- Rot-Kreuz-Siedlung – Auswaschungen
- Seeaustraße (Uferanbrüche)

- Schelchenweg (Uferanbrüche)
- 10. 20 KV-Verkabelungen durch die Wiener Netze
 - Hinterer Königsberg – Projekt bewilligt sollte heuer umgesetzt werden, ein LWL Leerschlauch wird auf Kosten der Gemeinde mitverlegt
 - Rot-Kreuz-Siedlung – Wurnau: Verhandlungen mit den betroffenen Grundstückseigentümern durchaus positiv, von den Wiener Netzen liegt auch die (mündliche) Zusicherung der Umsetzung dieses Projektes vor.
 - Vorderer Königsberg – Seitens der Wiener Netze wird aus Kostengründen eine Verkabelung derzeit nicht ins Auge gefasst. Weitere Gespräche werden geführt. Diskussion betreffend Stromschwankungen und daraus resultierenden Mehrverbrauchs

Der Bericht des Ausschusses für Bauen Energie und Raumordnung vom 11.07.2019 wird vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen.

7. Vergabe Wasserbauarbeiten WVA BA 06 – Ergänzung (Bauteil 5 - Knöpfellehen)

Über Antrag von Bgm. Manuela Zebenholzer werden die Arbeiten für den Wasseranschluss Fam. Prüller Wenten 20 (Bauteil Knöpfellehen) an die Fa. Held & Francke lt. Nachtragsangebot vom 27. April 2019 bzw. laut Vergabevorschlag des ZT DI Alois Graf vom 10. Juli 2019 in der Höhe von € 62.129,05 (Netto) vergeben.

8. Aufschließung Lusgründe:

a) Tauschvertrag ÖBF AG / Familie Martin und Barbara Helm – Übertragung Öffentliches Gut an die Gemeinde Hollenstein/Ybbs

Betreffend Abtretung von Öffentlichem Gut im Bereich der Lusgründe tritt die Gemeinde Hollenstein an der Ybbs nachstehendem Tauschvertrag bei.

Tauschvertrag abgeschlossen zwischen der **Österreichische Bundesforste AG, FN 154148 p**, 3002 Purkersdorf, Pummergasse 10 - 12, kurz "ÖBf AG" genannt, und den Ehegatten Herrn **Inq. Martin Helm**, [REDACTED], und Frau **Barbara Helm**, [REDACTED], 3343 Hollenstein an der Ybbs, Wenten 21, kurz "Tauschpartner" genannt, unter Beitritt der **Gemeinde Hollenstein an der Ybbs, Öffentliches Gut**, 3343 Hollenstein an der Ybbs, Walcherbauer 2, kurz „Gemeinde“:

1. Vertragsgegenstände

1.1. Diesem Tauschvertrag wird der Teilungsplan GZ 4879/19 des Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen Dipl.-Ing. Robert Miedler, Brunn am Gebirge, vom 28.03.2019 zugrunde gelegt.

1.2. Aufgrund dieses Teilungsplanes haben die Ehegatten Ing. Martin und Barbara Helm das mit Ziffer (24) bezeichnete Trennstück des Gst.Nr. 706 im Ausmaß von 75 m² und das mit Ziffer (16) bezeichnete Trennstück des Gst.Nr. 707 im Ausmaß von 83 m² je aus dem Gutsbestand der Liegenschaft **EZ 150 GB 03304 Großhollenstein** (BG Waidhofen an der Ybbs) in das Öffentliche Gut der Gemeinde Hollenstein abzutreten.

Wirtschaftlich ist diese Abtretung ebenso von der ÖBf AG zu ersetzen und ist daher im Tauschvertrag zu vergüten.

1.3. Die ÖBf AG vertauscht und übergibt an die Ehegatten Ing. Martin und Barbara Helm und diese übernehmen je zur Hälfte in ihr Eigentum aus dem Gutsbestand der Liegenschaft **EZ 36 GB 03304 Großhollenstein** das in der ob zitierten Vermessungsurkunde mit **Ziffer (9) bezeichnete Trennstück des Gst.Nr. 909/4** im Ausmaß von **203 m²**

1.4. Der Tauschpartner vertauscht und übergibt an die ÖBf AG und diese übernimmt in ihr Eigentum aus dem Gutsbestand der Liegenschaft **EZ 150 GB 03304 Großhollenstein** die in der ob zitierten Vermessungsurkunde dargestellten **Trennstücke (11) per 5 m² und (22) per 4 m², je des Gst.Nr. 706.**

1.5. Ferner treten die Ehegatten Ing. Martin Helm und Barbara Helm über baubehördlichen Auftrag auf ihre Kosten und lastenfrei die **Trennstücke (24) per 75 m² des Gst.Nr. 706 und (16) per 83 m² des Gst.Nr. 707**, je aus dem Gutsbestand der Liegenschaft **EZ 150 GB 03304 Großhollenstein**, in das Öffentliche Gut der Gemeinde Hollenstein an der Ybbs ab und erklärt diese die Vertragsannahme.

1.6. Für eine sonstige Beschaffenheit der angeführten Vertragsgegenstände wird keine Gewähr geleistet.

2. Tauschzahlung

2.1. Die Ehegatten Ing. Martin und Barbara Helm treten daher Teilflächen im Ausmaß von 75 m² und von 83 m² an das Öffentliche Gut ab, sowie zusätzlich tauschweise insgesamt 9 m² an die ÖBf AG. Es sind daher Flächen im Gesamtausmaß von 167 m² betroffen. Umgekehrt erhalten die Ehegatten Helm in ihr gleichteiliges Eigentum die Teilfläche (9) per 203 m² von der ÖBf AG.

Es ergibt sich daher eine Differenz von 36 m² die mit einem Preis von € 43,00/m² zu vergüten ist, demnach haben die Ehegatten Helm eine Tauschzahlung von € 1.548,00 vor Vertragsabschluss an die ÖBf AG zu leisten.

2.2. Kommt der Vertrag nicht rechtswirksam zustande, erfolgt die Rückerstattung der Tauschzahlung zuzüglich Zinsen (für täglich fällige Einlagen derzeit 0,00/o p.a.) binnen zwei Wochen nach Rückstellung der Vertragsurschrift an die ÖBf AG.

3. Rechte und Lasten

3.1. Der in 1.3. angeführte Vertragsgegenstand wird frei von Geldlasten und frei von bürgerlichen Lasten in das Eigentum des Käufers übertragen. Außer bürgerliche Lasten sind der ÖBf AG trotz Prüfung nicht bekannt, es wird jedoch keine Gewähr geleistet, sollten trotzdem welche bestehen.

3.2. Der in 1.4. und 1.5. angeführte Vertragsgegenstand wird frei von bürgerlichen und außerbürgerlichen Geld- und sonstigen Lasten in das Eigentum der ÖBf AG übertragen. Der Tauschpartner hat der ÖBf AG die entsprechenden Lösungs- bzw. Freilassungserklärungen zur Verfügung zu stellen.

3.3. Mit den Liegenschaften EZZ 36 und 150 je GB 03304 Großhollenstein verbundene Rechte, werden mit den Vertragsgegenständen nicht mitübertragen.

3.4. Hinsichtlich der wechselseitig einverleibten Belastungs- und Veräußerungsverbote (CLNr 14 und 15 ob EZ 150 KG Großhollenstein) erklären sowohl Herr Ing. Martin Helm als auch Frau Barbara Helm ihre ausdrückliche Einwilligung zur Durchführung dieses Tauschvertrages und zur lastenfreien Abschreibung der Trennstücke (11), (22) und (24) des Gst.Nr. 706 und (16) des Gst.Nr. 707 je vom Gutsbestand dieser Liegenschaft.

4. Übergabe

4.1. Die gegenseitige Übergabe bzw. Übernahme der Vertragsgegenstände in den physischen Besitz gilt, sofern ihn der jeweilige Erwerber nicht bereits bestandweise innehat, mit dem der Rechtswirksamkeit dieses Vertrags nächstfolgenden Monatsletzten als vollzogen. Von diesem Tag an hat der Erwerber die den jeweiligen Vertragsgegenstand betreffende Grundsteuer, die öffentlichen Abgaben und überhaupt alle mit diesem verbundenen Lasten zu tragen. Es stehen ihm jedoch von diesem Tag an auch alle Besitzvorteile zu.

5. Dienstbarkeitseinräumung

5.1. Auf dem Teilungsplan ist auf den neuen Gstn. Nr. 909/14 und 909/15 über das Gst. des Öffentlichen Gutes Nr. 909/22 eine Teichausleitung erkennbar, die auf dem neuen Gst. Nr. 909/17 in ein offenes Gerinne mündet. Während das offene Gerinne in der bisherigen Lage grundsätzlich unverändert bleibt, ist die Teichausleitung durch die Österreichische Bundesforste AG bis zum Jahresende 2020 auf deren Kosten gemäß dem Projekt des Dipl.-Ing. Kurt Pfeiller, Proj.Nr. 1813, Blg./I, neu zu errichten und führt in der Folge auf der Grenze der Gste. Nr. 909/13 und 909/14, sohin auf beiden Grundstücken, und sodann aber über Gst. Nr. 909/16 statt über das Gst. Nr. 909/15. Die alte Teichausleitung ist sodann von der Österreichische Bundesforste AG im betreffenden Bereich abzutragen.

5.2. Die ÖBf AG räumt nunmehr für sich, ihre Rechts- und Besitznachfolger im Eigentum an den neu geschaffenen Gstn. Nr. 909/13, 909/14, 909/16, 909/17, 909/18, 909/19, 909/20 und 909/21 je KG 03304 Großhollenstein den Ehegatten Ing. Martin Helm, [REDACTED] und Barbara Helm, [REDACTED], als Eigentümer der herrschenden Gste. Nr. 704 und 705 ob EZ 150 GB 03304 Großhollenstein für diese, ihre Erben, Rechts- und

Besitznachfolger die grundbücherlich sicherzustellende Grunddienstbarkeit der Duldung der auf den Gstn. Nr., 909/13, 909/14, 9C)9/16 verrohrten und auf Gstn. Nr. 909/17 verrohrten und offenen und auf den Gst.Nr. 909/18, 909/19, 909/20 und 9(]9/21 offenen Teichausleitung ein und erklären diese die Vertragsannahme.

Die Einräumung dieser Dienstbarkeit erfolgt ohne weiteres Entgelt auf Grund der Vorschreibung durch die Baubehörde.

Das Dienstbarkeitsrecht umfasst das Recht, die Anlagen auf diesen vorgenannten Parzellen zu betreiben, zu überprüfen und instand zu halten, alles das, was diese Arbeiten sowie den sicheren Bestand oder Betrieb der Anlagen hindern oder gefährden kann, zu beseitigen und hierzu diese Parzellen nach vorheriger Ankündigung durch die hierzu bestellten Personen zu betreten, über dieselben Baustoffe und Baugeräte an- und abzuliefern, und soweit unbedingt notwendig, auch mit Fahrzeugen jeder Art zu befahren.

Die Grundeigentümer verpflichten sich in Ausübung der Dienstbarkeit gegenüber den Berechtigten:

a) den Bestand und den Betrieb der genannten Anlagen samt allen zur Sicherstellung des Betriebes notwendigen Arbeiten und Vorkehrungen im vorbeschriebenen Umfang zu dulden und alles zu unterlassen, was eine Beschädigung oder Störung der Anlagen zur Folge haben könnte,

b) die Berechtigten rechtzeitig von beabsichtigten Arbeiten, durch welche die Anlagen Schaden nehmen könnten, zu verständigen, damit diese eine Schutzaufsicht beistellen können,

c) auf den vorgenannten Grundstücken auf einem Grundstreifen von je einem Meter beiderseits der Teichausleitungen ohne Zustimmung der Berechtigten keinerlei Aufgrabungen vorzunehmen. Baumpflanzungen und die Errichtung von Streifenfundamenten oder Punktfundamenten dürfen nicht unmittelbar bis zur Verrohrung getätigt werden. Plattenfundamente lajnnen jedoch über der Rohrleitung errichtet werden, so ferne die Fundierungsarbeiten eine Tiefe von ### nicht unterschreiten. Die Errichtung von Carports, Gartenhütten, Grillern und dergleichen ist unter Berücksichtigung der oben angeführten Art und Weise der Fundamentherstellung möglich.

d) Bei Instandhaltungs-, Überprüfungs- und Reinigungsarbeiten ist die Inanspruchnahme so gering wie möglich zu halten und sind allfällige auf den Grundstücken entstandene Schäden innerhalb von 14 Tagen auf Kosten der Berechtigten zu beheben.

e) Die Berechtigten verpflichten sich, die Grundeigentümer hinsichtlich aller Ansprüche, die sich aus der Errichtung und dem Betrieb bzw. Erhaltung der Leitungsanlagen gegen sieergeben und welche in einem schuldhaften Verhalten der Berechtigten begründet sind, schad- und klaglos zu halten und allfällige Verfahrenskosten zu tragen.

f) Bei einer endgültigen Stilllegung der Anlage aufgrund von nicht vorsätzlich entstandenen Schäden, die ohne einer Aufgrabung nicht zu beheben sind, kann die Anlage im Bodenverbleiben und geht entschädigungslos in das Eigentum der Grundeigentümer über. Sollten den Grundeigentümer in weitere Folge Kosten durch eine gesetzliche Verpflichtung zur Entsorgung der Anlage entstehen, sind diese von den Berechtigten zu tragen. Die Berechtigten sind im Falle eines hohen Aufwandes auch berechtigt, wahlweise die Anlage wieder in Stand zu setzen und weiter zu betreiben. Bei der Stilllegung auf Grund von nicht vorsätzlich entstandenen Schäden und ohne einer gesetzlichen Verpflichtung zur Entsorgung der Anlage, ist die Ableitung zu verschließen. Nach endgültiger Stilllegung der Anlagen sind die Berechtigten verpflichtet, über Verlangen der Grundeigentümer eine grundbücherliche Löschungserklärung auf ihre Kosten auszustellen.

g) Weitere Ansprüche der Grundeigentümer aus der Einräumung der Rechte gegenüber den Berechtigten sind ausgeschlossen.

h) Die Grundeigentümer übernehmen für Schäden, die im Zuge der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung und Benützung der Servitutsgrundstücke gegenüber Dritten entstehen können, keine Haftung.

6. Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren

6.1. Der Tauschpartner trägt zu ungeteilten Hand die Kosten der Vertragserrichtung, die Beglaubigungskosten sowie die Kosten der beglaubigten Kopie für den Tauschpartner; die Kostender Selbstberechnung und der Anzeige beim Finanzamt; die Kosten der Genehmigungsanträge und die Kosten des Grundbuchsgesuches; die Eintragungsgebühr sowie die Grunderwerbsteuer für die an ihn fallenden Tauschgegenstände; die Lastenfreistellungskosten (Kosten der Errichtung und Beglaubigung der Lösungs- bzw. Freilassungserklärungen sowie Kosten deren gesonderter Verbücherung, Kosten des Aufforderungsverfahrens) für die von ihm veräußerten Tauschgegenstände, sowie die Kosten seiner allfälligen Vertretung.

6.2. Dagegen trägt die ÖBf AG die Eintragungsgebühr sowie die Grunderwerbsteuer für die an siefallenden Tauschgegenstände sowie die Kosten ihrer allfälligen Vertretung.

6.3. Die allfällige Immobilienertragsteuer gemäß §§ 30 ff EStG trägt jeder Vertragsteil selbst. Die Vertragsteile wurden vom Urkundenverfasser über die Bestimmungen der §§ 30 ff EstG (Immobiliensteuer) belehrt.

7. Vertragsdurchführung

7.1. Beide Vertragsteile sind zur Einholung der erforderlichen Genehmigungen und zur Antragstellung auf Verbücherung des Vertrages berechtigt. Die Verpflichtung dazu trifft den Tauschpartner, der die Verbücherung ohne unnötige Verzögerung zu veranlassen hat.

7.2. Der Auftrag zur Vertragserrichtung an den Notar wurde von der ÖBf AG erteilt.

7.3. Die Vertragsteile beauftragen den Urkundenverfasser mit der Durchführung der Selbstberechnung und Abfuhr der Grunderwerbsteuer, der Eintragungsgebühr und der Immobilienertragsteuer.

8. Rechtswirksamkeit

8.1. Die Rechtswirksamkeit dieses Vertrages ist durch die gesetzlich erforderlichen Genehmigungen aufschiebend bedingt. Ausgenommen sind die Punkte 2.2., 4., 7. und s., die bereits ab Vertragsabschluss gelten.

9. Inländererklärung

9.1. Der Tauschpartner erklärt eidesstattlich, österreichischer Staatsangehöriger und Deviseninländer zu sein.

9.2. Die Österreichische Bundesforste AG erklärt, dass sie ihren Firmensitz im Inland hat und ihre Alleinaktionärin die Republik Österreich ist.

10. Erklärung gemäß EU Anti-Geldwäsche-RL

10.1. Die Vertragspartner erklären, soweit in diesem Vertrage nicht ausdrücklich anderes angeführt ist, im eigenen Namen und auf eigene Rechnung und nicht in fremden Auftrag zu handeln. Die Vertragspartner versichern, selbst nicht als Treuhänder oder dergleichen zu handeln. Die Vertragspartner erklären weiters, keine politisch exponierten Personen im Sinne des EU Anti-Geldwäsche-Richtlinie zu sein, also insbesondere selbst kein maßgebliches politisches Amt inne zu haben, oder früher ausgeübt zu haben und mit einer solchen Person weder in einem nahen Verwandtschaftsverhältnis zu stehen, noch eine einer politische exponierten Person nahestehende Person zu sein. Das Rechtsgeschäft dient weder der Geldwäscherei noch der Terrorismusfinanzierung.

11. Datenschutzerklärung und Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten

11.1. Der Tauschpartner (als Betroffener) nimmt hiermit zur Kenntnis, dass die Verarbeitung der bereitgestellten und für die ordnungsgemäße Abwicklung des gegenständlichen Geschäftsfalles erforderlichen personenbezogenen Daten, das sind Name/Firma, Anschrift, Bankverbindung, Telefon, E-Mail, Ausweis, zum Zwecke der Erfüllung und Abwicklung dieses Vertrages gemäß Artikel 6 Abs 1 lit b DS-GVO, durch die Österreichische Bundesforste AG, 3002 Purkersdorf, Pummergasse 10-12, FN 154148p (Landesgericht St. Pölten als Handelsgericht), als Verantwortliche erfolgt. Die Verantwortliche hat einen Datenschutzbeauftragten bestellt, welcher unter datenschutzbeauftragter@bundesforste.at erreichbar ist.

11.2. Die erhobenen personenbezogenen Daten werden im gesetzlichen Rahmen, vertraulich und ausschließlich zur Erfüllung des gegenständlichen Vertragsverhältnisses nach Treu und Glauben im erforderlichen Ausmaß verarbeitet. Die Weitergabe von personenbezogenen Daten erfolgt ausschließlich zur ordnungsgemäßen gesetzlichen Erfüllung und Abwicklung dieses Vertrages und erfolgt daher an zuständige Behörden (z.B. Finanzamt, Gemeinde, Gericht).

11.3. Allenfalls erforderliche personenbezogene Daten werden bis zum Ende gesetzlich zwingender Aufbewahrungsfristen bzw. Verjährungsfristen zur Nachweisführung, etwa nach der Bundesabgabenordnung (BAO), eingeschränkt verarbeitet und nach Entfall sämtlicher Aufbewahrungs- und Verjährungsfristen endgültig gelöscht.

11.4. Der Betroffene hat das Recht, hinsichtlich sämtlicher über ihn verarbeitete personenbezogene Daten Auskunft zu verlangen und kann sich hierfür an die ÖBf AG als Verantwortliche wenden, wobei folgende E-Mailadresse empfohlen wird datenschutz@bundesforste.at. Dem Betroffenen steht im Falle einer Nichtauskunft oder Nichtentsprechung seines berechtigten Anliegens auf Auskunft, Löschung, Widerspruch, Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung oder Datenübertragbarkeit, die Beschwerdemöglichkeit an die Aufsichtsbehörde (Datenschutzbehörde) zu.

12. Öffentliches Gut

12.1. Die Gemeinde Hollenstein an der Ybbs widmet die übernommenen Trennstücke (24) und (16) dem Öffentlichen Gut.

13. Vertragsausfertigungen

13.1. Die ÖBf AG erhält die Urschrift, der Tauschpartner und die Gemeinde je eine beglaubigte Kopie.

14. Aufsandung

14.1. Die ÖBf AG, der Tauschpartner und die Gemeinde erteilen die ausdrückliche Zustimmung, dass aufgrund dieses Vertrages und der im Punkt 1. angeführten Vermessungsurkunde im **Grundbuch 03304 Großhollenstein** nachstehende grundbücherliche Eintragungen vorgenommen werden können:

14.2. Ob der EZ 36:

14.2.1. die Abschreibung des **Trennstückes (9)** des Gst.Nr. 909/4 vom Gutsbestand dieser Liegenschaft und Zuschreibung zum Gutsbestand der den Ehegatten **Ing. Martin Helm, [REDACTED]**, und **Barbara Helm, [REDACTED]**, je zur Hälfte gehörigen Liegenschaft **EZ 150** im selben Grundbuch zwecks Einbeziehung in das dort vorgetragene Gst.Nr. 706.

14.2.2. im Lastenblatt die Einverleibung der Dienstbarkeit der Teichausleitung in das offene Gerinne über Gste. Nr. 909/13, 909/14, 909/16, 909/17, 909/18, 909/19, 909/20 und 909/21 je KG 03304 Großhollenstein gemäß Vertragspunkt 5.2. zugunsten der Gste. Nr. 704 und 705 KG 03304 Großhollenstein.

14.3. Ob der EZ 150:

14.3.1. die Abschreibung der **Trennstücke (11) und (22)** des Gst.Nr. 706 vom Gutsbestand dieser Liegenschaft und Zuschreibung zum Gutsbestand der der **Österreichische Bundesforste AG, FN 154148p**, allein gehörigen Liegenschaft **EZ 36** im selben Grundbuch zwecks Einbeziehung in die dort vorgetragenen Grundstücke und zwar Tst.(II) in Gst.Nr. 909/11 und Tst.(22) in Gst.Nr. 909/13,

14.3.2. die Abschreibung des **Trennstücke (24)** des Gst.Nr. 706 und des **Trennstückes**

(16) des Gst.Nr. 707 vom Gutsbestand dieser Liegenschaft und Zuschreibung zum Gutsbestand der der **Gemeinde Hollenstein an der Ybbs, Öffentliches Gut**, allein gehörigen Liegenschaft EZ 573 im selben Grundbuch zwecks Einbeziehung in das dort vorgetragene Gst.Nr. 909/22 14.3.3. im Gutsbestandsblatt die Ersichtlichmachung der Dienstbarkeit der Teichausleitung in das offene Gerinne gemäß Vertragspunkt 5.2. über die Gste. Nr. 909/13, 909/14, 909/16, 909/17, 909/18, 909/19, 909/20 und 909/21 je KG 03304 Großhollenstein.

b) Widmung Öffentliches Gut (Lus-Gründe):

Der Gemeinderat der Gemeinde Hollenstein/Ybbs beschließt über Antrag von Bgm Manuela Zebenholzer nachstehende Verordnung

Gemäß § 6 Abs. 1 des NÖ Straßengesetzes LGBl. 8500 i.d.g.F. wird verfügt:

Die nachstehend angeführten Trennstücke werden als Gemeindestraße dem öffentlichen Verkehr gewidmet:

Aus Parz. Nr. 707, KG 03304 Großhollenstein - Trennstück 16 (83 m²)
Aus Parz. Nr. 909/4, KG 03304 Großhollenstein - Trennstück 18 (373 m²)
Aus Parz. Nr. 909/4, KG 03304 Großhollenstein - Trennstück 19 (1432 m²)
Aus Parz. Nr. 706, KG 03304 Großhollenstein - Trennstück 24 (75 m²)
Aus Parz. Nr. 909/4, KG 03304 Großhollenstein - Trennstück 10 (27 m²)
Aus Parz. Nr. 909/4, KG 03304 Großhollenstein - Trennstück 4 (22 m²)

Die anlässlich der Grenzverhandlung/Vermessung am 27. März 2019 festgelegten neuen Weggrundstücke werden in das Eigentum der Gemeinde Hollenstein an der Ybbs, Öffentliches Gut übernommen.

Die Vermessungsurkunde des ZT Miedler Ziviltechniker Ges.m.b.H. GZ 4879/19 vom 28. März 2019 ist Bestandteil dieser Verordnung und mit einem Hinweis auf diese versehen.

9. Kaufvertrag Steinhausgründe - Ines Sterlinger/Stefan Rumpf

Über Antrag von Bgm. Manuela Zebenholzer beschließt der Gemeinderat einstimmig nachstehenden Kaufvertrag (Grundverkauf Skolek an Ines Sterlinger und Stefan Rumpf). Diese beiden übernehmen jenes Grundstück welches ursprünglich an die Familie Tamara und Stefan Jagersberger verkauft werden sollte. Diese sind aus persönlichen Gründen vom Kauf zurückgetreten.

Kaufvertrag welcher zwischen Herrn **Mag. Peter Skolek**, [REDACTED] Brucknerstraße 4, 1040 Wien; Frau **Evelyn Frühwald**, [REDACTED], Markt 168, 3345 Göstling an der Ybbs, und Frau **Edith Skolek**, [REDACTED], Anton Baumgartnerstraße 125/3/1, 1230 Wien, als **Verkäufer**, einerseits, und Herrn **Stefan**

F:\WU\Protokolle\Gemeinderat\GR190729.docx

Rumpl [REDACTED], Nöchling 26, 3332 Sonntagberg, und Frau **Ines Sterlinger**, geb. [REDACTED], Walcherbauer 110/8, 3343 Hollenstein an der Ybbs, als **Käufer**, andererseits, und unter Beitritt der **Gemeinde Hollenstein an der Ybbs**, Walcherbauer 2, 3343 Hollenstein an der Ybbs, vertreten durch deren gefertigte Vertretung, hinsichtlich Vertragspunkt VII., errichtet wurde wie folgt:

I. Vertragsgegenstand

Herr Mag. Peter Skolek, [REDACTED], Frau Evelyn Frühwald, [REDACTED] und Frau Edith Skolek, [REDACTED], sind grundbücherlich aufgrund des Einantwortungsbeschlusses vom 01.03.2016 zu je einem ein-Drittel-Anteil Eigentümer der **Liegenschaft EZ. 4 Grundbuch 03304 Großhollenstein**, laut Grundbuchsauszug.

Gegenstand dieses Kaufvertrages ist jedoch nur das **neu vermessene Grundstück 241/44** im Ausmaß von 769 m², derzeit inne liegend in der Liegenschaft EZ. 4 Grundbuch 03304 Großhollenstein.

Das vertragsgegenständliche Grundstück ist unbebaut. Die genaue Lage, Anordnung und Identität des Vertragsgegenstandes sind den Käufern bekannt, auf den Anschluss eines Planes wird daher verzichtet.

II. Verkaufsabrede

Die Verkäufer verkaufen und übergeben hiermit gleichzeitig an die Käufer und diese kaufen und übernehmen gleichzeitig von den Verkäufern den in Vertragspunkt I. (erstens) näher bezeichneten Vertragsgegenstand, mit allem rechtlichen und faktischen Zubehör und mit allen Rechten und Befugnissen, mit welchen die Verkäufer diesen bisher besessen und benützt haben oder doch dazu berechtigt sind.

III. Kaufpreis

Als **Kaufpreis** für den in Vertragspunkt I. (erstens) näher bezeichneten Vertragsgegenstand wird ein Betrag von € 48,-- (achtundvierzig Euro) pro Quadratmeter, insgesamt somit ein Betrag von **€ 36.912,--** (sechsendreißigtausendneuhundertzweölf Euro) vereinbart, welcher binnen 4 (vier) Wochen ab allseitiger Unterfertigung dieses Kaufvertrages in die Verwahrung des Treuhänders zu überweisen ist. Der Kaufpreis enthält keine Umsatzsteuer und wird auch keine verrechnet. Für den Fall des Zahlungsverzuges gelten 8% (acht Prozent) Verzugszinsen p.a. als ausdrücklich vereinbart.

Der Erlag und die Verrechnung des gesamten genannten Kaufpreises erfolgen über ein Konto der Notartreuhandbank, Kontoverbindung **IBAN** _____, BIC NTBAATWW, lautend auf **Skolek Frühwald – Rumpl Sterlinger** als notarielles Anderkonto.

Spätestens gemeinsam mit dem Kaufpreis erlegen die Käufer einen der zu erwartenden
a) **Grunderwerbsteuer** in Höhe von **€ 1.291,92** (eintausendzweihunderteinundneunzig Euro zweiundneunzig Cent) sowie
b) gerichtlichen **Eintragungsgebühr** in Höhe von **€ 408,--** (vierhundertacht Euro),

entsprechenden Betrag zu Händen des vorgenannten Treuhänders auf dessen Steuer-Anderkonto **IBAN AT09 3150 0000 0128 3209, bei der Notartreuhandbank AG**, mit dem ebenfalls unwiderruflichen Auftrag, eine Grunderwerbsteuer-Selbstbemessung über Finanz-Online vorzunehmen, den gewünschten Grundbuchstand herzustellen und die vorgenannten Beträge sodann an das örtlich und sachlich zuständige Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel zu überweisen.

Sollte obiger Kaufpreis, samt Grunderwerbsteuer und Eintragungsgebühr, nicht zur Gänze fristgerecht in die treuhändige Verwahrung des Urkundenverfassers öffentlichen Notar Mag. Martin Sonnleitner überwiesen werden, sind die Verkäufer gemeinsam zum Rücktritt vom Vertrag, wobei sämtliche Kosten, Spesen, Gebühren, Abgaben und Steuern dieses Rücktritts die Käufer zu tragen haben, berechtigt. Der Rücktritt ist dem Vertragserrichter schriftlich durch eine entsprechende von den Verkäufern unterfertigte Rücktrittserklärung bekannt zu geben.

Sämtliche Vertragsteile erteilen dem genannten Treuhänder den einseitig unwiderruflichen Treuhandauftrag, den in seiner treuhändigen Verwahrung befindlichen Kaufpreis, jedoch erst wenn:

- der gegenständliche Kaufvertrag von allen Vertragsparteien in grundbuchsfähiger Form unterfertigt wurde und dem Treuhänder im Original vorliegt;
- der gesamte Kaufpreis sowie die Grunderwerbsteuer und die Eintragungsgebühr auf dem jeweiligen Anderkonto erlegt wurden;
- und letztlich über Vorliegen aller etwa weiters erforderlichen Urkunden,

zu verwenden wie folgt:

A. die Selbstberechnung der Immobilienertragsteuer gemäß Vertragspunkt XII. (zwölftens) durchzuführen und diese an die für die Verkäufer zuständigen Finanzämter abzuführen,

B. die Kosten der Selbstberechnung der Immobilienertragsteuer zu entnehmen, und

C. den verbleibenden Restbetrag, samt Zinsen, abzüglich Bankspesen und Kapitalertragsteuer, gleichteilig an die Verkäufer auf von diesen noch schriftlich bekannt zu gebende Konten inländischer Bankinstitute auszubezahlen, sobald die geldlastenfreie (mit Ausnahme eines allfälligen Finanzierungspfandrechtes der Käufer) Einverleibung des Eigentumsrechtes der Käufer erfolgt ist, wobei sich die Vertragsparteien verpflichten, gegen eine bewilligende Eintragung im Sinne dieses Kaufvertrages kein Rechtsmittel zu erheben, sodass bereits das Vorliegen eines Grundbuchsauszuges als Auszahlungsvoraussetzung ausreicht. Der entsprechende Grundbuchs Antrag wird vom Treuhänder umgehend nach Vorliegen aller Voraussetzungen gestellt.

IV. Gewährleistung

Den Käufern ist der in Vertragspunkt I. (erstens) genannte Vertragsgegenstand und dessen Bewachung aufgrund eigener Besichtigung bekannt.

Dieser wird daher verkauft und übergeben, ohne dass die Verkäufer für ein bestimmtes Ausmaß, einen bestimmten Zustand oder eine besondere Beschaffenheit desselben

haften, oder dafür, dass er sich zu einem bestimmten Zweck gebrauchen lässt, einen bestimmten Ertrag abwirft oder eine besondere Eigenschaft hat. Die Käufer bestätigen, sich über allfällige Bebauungsbestimmungen für den Vertragsgegenstand informiert zu haben und wird dem Urkundenverfasser kein Auftrag zur Beschaffung weiterer Informationen erteilt.

Wohl aber haften die Verkäufer dafür, dass der Vertragsgegenstand bürgerlich und außerbürgerlich lastenfrei, bestandfrei, nicht streitverfangen und ihr frei veräußerliches Eigentum ist. Die Verkäufer erklären, dass der Vertragsgegenstand nach ihrer Kenntnis frei von Kontaminationen ist und übernehmen daher bei einer künftigen Inanspruchnahme der Käufer aufgrund der bezughabenden bundes- und landesgesetzlichen Rechtsvorschriften (insbesondere Abfallwirtschaftsgesetz, Altlastensanierungsgesetz und Wasserrechtsgesetz) ausschließlich die Haftung für allenfalls dennoch von ihnen selbst verursachte Kontaminationen. Jedoch haften die Verkäufer dafür, dass am Vertragsgegenstand niemandem irgendwelche dinglichen Rechte zustehen, insbesondere nicht solche, die kraft Gesetzes auch dann Dritten gegenüber wirken, wenn sie nicht im Grundbuche eingetragen sind, wie Gebühren- und Abgabenrückstände und öffentlich-rechtliche Verpflichtungen.

V. Übergabe

Die Übergabe und Übernahme des in Vertragspunkt I. (erstens) genannten Vertragsgegenstandes in den Besitz und Genuss der Käufer erfolgt vereinbarungsgemäß mit allseitiger Unterfertigung des gegenständlichen Kaufvertrages. Von diesem Tag an treffen die Käufer Gefahr und Zufall, es stehen ihnen von da an aber auch alle Besitzvorteile zu.

Als Verrechnungsstichtag für die Erträge, Steuern und Abgaben wird aus Gründen einer vereinfachten Ab- bzw. Verrechnung der nächstfolgende Monatsletzte vereinbart.

VI. wahrer Wert, Staatsbürgerschaftserklärung

Sämtliche Vertragsparteien erklären, die Höhe des Kaufpreises mit Rücksicht auf Art und Umfang des Vertragsgegenstandes, insbesondere auch durch Vergleich mit ähnlichen Kaufobjekten, überprüft zu haben und als angemessen zu erachten.

Die Verkäufer und die Käufer erklären an Eides statt, österreichische Staatsbürger und Deviseninländer zu sein.

VII. Bebauungsverpflichtung

Zur Sicherung der Verfügbarkeit von Bauland für den gewidmeten Zweck im Sinne der Leitziele des § 1 NÖ ROG 2014 erachtet es die Gemeinde Hollenstein an der Ybbs für erforderlich und zweckmäßig, zur Verhinderung von Bodenspekulation und zur Sicherung einer raschen Bebauung von gewidmetem Bauland diesem Kaufvertrag beizutreten. Zur widmungsgemäßen Verwendung und Zuführung des in Vertragspunkt I. (erstens) näher bezeichneten Vertragsgegenstandes zur Bebauung

a.) räumen daher ob demselben die Käufer zu Gunsten der Gemeinde Hollenstein an der Ybbs das unentgeltliche und hierauf grundbücherlich sicherzustellende **Vorkaufsrecht** im Sinne der §§ 1072 ff ABGB ein, und

b.) vereinbaren daher ob demselben sämtliche Vertragsparteien die Abtretung des Wiederkaufsrechtes im Sinne des § 1070 ABGB durch die Verkäufer an die Gemeinde Hollenstein an der Ybbs, welche diese Abtretung unter einem annimmt, und weiters das unentgeltliche und grundbücherlich hierauf sicherzustellende **Wiederkaufsrecht** im Sinne des § 1070 ABGB zu Gunsten der Gemeinde Hollenstein an der Ybbs.

Die Käufer verpflichten sich daher, innerhalb von 2 (zwei) Jahren ab allseitiger Vertragsunterfertigung einen Antrag auf Baubewilligung und Bauplatzerklärung bei der zuständigen Baubehörde zu stellen, und innerhalb von 5 (fünf) Jahren ebenfalls ab allseitiger Unterfertigung dieses Kaufvertrages auf dem in Vertragspunkt I. (erstens) näher bezeichneten Vertragsgegenstand ein Wohngebäude im Sinne des § 4 Zi 15 NÖ BauO 2014, zumindest bis zur Baustufe des Rohbaus, zu errichten, wobei eine andere Nutzung dieses Gebäudes als die zum Wohnen gemäß § 17 Abs 2 Z 2 NÖ ROG 2014 nicht gestattet ist.

Die Gemeinde Hollenstein an der Ybbs ist somit nur dann berechtigt, deren Vorkaufsrecht oder Wiederkaufsrecht auszuüben, falls

a.) der in Vertragspunkt I. (erstens) näher bezeichnete Vertragsgegenstand durch Rechtsgeschäft unter Lebenden entgeltlich zur Gänze oder zu Teilen an dritte Personen veräußert wird, oder

b.) die Käufer auf dem Vertragsgegenstand nicht innerhalb von 5 (fünf) Jahren ab allseitiger Vertragsunterfertigung ein Wohngebäude im Sinne des § 4 Z 15 NÖ BauO 2014 zumindest bis zur Baustufe des Rohbaus errichtet haben.

Für den Fall der Ausübung des Vorkaufsrechtes oder Wiederkaufsrechtes durch die Gemeinde Hollenstein an der Ybbs ist diese verpflichtet, den tatsächlich geleisteten Kaufpreis samt bezahlter Aufschließungsabgaben, sowie den – im Nichteinigungsfall mit den Käufern – durch einen gerichtlich beeedeten Sachverständigen festzustellenden Wert allfälliger baulicher Investitionen auf dem Vertragsgegenstand innerhalb von 6 (sechs) Monaten ab Geltendmachung des Vorkaufsrechtes und/oder Wiederkaufsrechtes an die derzeitigen Käufer zu bezahlen. Darüberhinausgehende Ansprüche, insbesondere eine Wertsicherung des Kaufpreises und der Aufschließungsabgaben, können nicht geltend gemacht werden und sind hiermit ausgeschlossen.

Die Geltendmachung des Vorkaufsrechtes und/oder Wiederkaufsrechtes hat nachweislich mit eingeschriebenem Brief an die Käufer zu erfolgen.

Gleichzeitig verpflichtet sich die Gemeinde Hollenstein an der Ybbs, bei fristgerechter Bauführung und konsensgemäßer Bauausführung eine grundbuchsfähige Löschungserklärung zur Löschung des Vorkaufs- und Wiederkaufsrechtes ob der vertragsgegenständlichen Liegenschaft zu unterfertigen.

VIII. Belastungs- und Veräußerungsverbot; Vorkaufsrecht

Herr Stefan Rumpl, geb. 19.04.1993, und Frau Ines Sterlinger, geb. 04.08.1994, verpflichten sich, die ihnen nunmehr je zur Hälfte gehörige und für das neu vermessene Grundstück 241/44 im Grundbuch 03304 Großhollenstein neu zu eröffnende Liegenschaft ohne Zustimmung des jeweils anderen nicht zu belasten und zu veräußern. Dieses Belastungs- und Veräußerungsverbot ist jedoch in Ermangelung des verwandtschaftlichen Naheverhältnisses gemäß § 364 c ABGB (Paragraf dreihundertvierundsechzig c Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch) grundbücherlich nicht sicherstellbar und erlangt deshalb nur schuldrechtliche Wirkung.

Herr Stefan Rumpl, geb. 19.04.1993, und Frau Ines Sterlinger, geb. 04.08.1994, räumen sich daher zur Absicherung des vorstehenden Belastungs- und Veräußerungsverbot an der ihnen nunmehr je zur Hälfte gehörige und für das neu vermessene Grundstück 241/44 im Grundbuch 03304 Großhollenstein neu zu eröffnenden Liegenschaft das **Vorkaufsrecht** gemäß Paragraphen eintausendzweiundsiebzig Folgende (§§ 1072 ff) des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches **für sämtliche Veräußerungsfälle** ein und vereinbaren die grundbücherliche Sicherstellung desselben. Sollte die Veräußerung anders als durch Verkauf erfolgen, so ist der jeweilige Verkehrswert der Einlösungswert. Der Verkehrswert als Vorkaufspreis ist einvernehmlich durch Herrn Stefan Rumpl, geb. 19.04.1993, und Frau Ines Sterlinger, geb. 04.08.1994, zu bestimmen. Sollte hierüber keine Einigung erzielt werden können, ist der Verkehrswert durch einen einvernehmlich zu bestimmenden Sachverständigen zu ermitteln. Sollte auch über die Person des zu bestellenden Sachverständigen keine Einigung erzielt werden, ist dieser durch das Bezirksgericht Waidhofen an der Ybbs zu bestellen.

Herr Stefan Rumpl, geb. 19.04.1993, und Frau Ines Sterlinger, geb. 04.08.1994, nehmen die Einräumung des vorstehenden Belastungs- und Veräußerungsverbotes sowie des Vorkaufsrechtes jeweils zur ihren Gunsten hiermit wechselseitig vertragsmäßig an. Die Käufer sind in Kenntnis, dass dieses wechselseitige Vorkaufsrecht nur zu Lebzeiten der Vorkaufsberechtigten wirksam ist und keine Verfügung von Todes wegen darstellt.

IX. Aufsandungserklärung

Sämtliche Vertragsparteien erteilen hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung, dass aufgrund dieses Vertrages ohne ihr weiteres Wissen und Einvernehmen im Grundbuch 03304 Großhollenstein nachstehende Eintragungen vorgenommen werden können:

- die **lastenfreie Abschreibung des neu vermessenen Grundstückes 241/44** im Ausmaß von 769 m², vom Gutsbestand der dem Mag. Peter Skolek, [REDACTED],
- der Evelyn Frühwald, [REDACTED] und der Edith Skolek, [REDACTED], zu jeweils einem ein-Drittel-Anteil gehörigen Liegenschaft EZ. 4, und

- die **Eröffnung** einer neuen Einlage für dieses Grundstück, hierauf
o die **Einverleibung des Eigentumsrechtes** jeweils zur Hälfte für Herrn Stefan Rumpl, geb. 19.04.1993 und Frau Ines Sterlinger, geb. 04.08.1994,

o die **Einverleibung des Vorkaufsrechtes** für die **Gemeinde Hollenstein an der Ybbs** gemäß Vertragspunkt VII.,

o die **Einverleibung des Wiederkaufsrechtes** für die **Gemeinde Hollenstein an der Ybbs** gemäß Vertragspunkt VII.,

o ob dem Herrn Stefan Rumpl, geb. 19.04.1993 gehörigen Hälfteanteil die **Einverleibung des Vorkaufsrechtes für sämtliche Veräußerungsfälle** gemäß Vertragspunkt VIII. für Frau **Ines Sterlinger**, [REDACTED] und

o ob dem der Frau Ines Sterlinger, geb. 04.08.1994 gehörigen Hälfteanteil die **Einverleibung des Vorkaufsrechtes für sämtliche Veräußerungsfälle** gemäß Vertragspunkt VIII. für Herrn **Stefan Rumpl**, [REDACTED].

X. Kosten und Gebühren

Die Kosten und Gebühren der Errichtung dieser Urkunde und ihrer grundbücherlichen Durchführung, die anteiligen Kosten der Errichtung der bezughabenden Vermessungsurkunde und deren grundbücherlichen Durchführung, sowie die Beglaubigungskosten für sämtliche Vertragsparteien und jegliche sonst hieraus erwachsenden Auslagen und Verkehrssteuern werden von den Käufern getragen, die auch den Auftrag zur Vertragserrichtung erteilt haben. Allenfalls künftig zur Vorschreibung gelangende Aufschließungskosten und Anschlussgebühren werden von den Käufern getragen.

Die Kosten der Immobilienertragsteuer und die Kosten deren Anzeige, Berechnung und Abfuhr werden von den Verkäufern getragen und ist der Vertragserrichter berechtigt, seine diesbezüglichen Kosten über entsprechende Abrechnung, vor Überweisung des Kaufpreises an die Verkäufer, einzubehalten.

Die Vertragsparteien sind in Kenntnis der Solidarhaftung der mit der Errichtung dieser Urkunde verbundenen Kosten, Steuern und Gebühren.

XI. Immobilienertragsteuer

Die Verkäufer bestätigen, vom Urkundenverfasser über die bezughabenden Bestimmungen über den Veräußerungsgewinn sowie über die entsprechenden Bestimmungen nach dem 1. Stabilitätsgesetz 2012 informiert worden zu sein und nehmen gleichzeitig zur Kenntnis, dass eine abschließende steuerliche Vertretung durch den Vertragserrichter weder erfolgen kann noch erfolgen darf.

Die Verkäufer sind insbesondere in Kenntnis, dass

- Einkünfte aus der Veräußerung von Grundstücken iSd § 30 EStG grundsätzlich dem besonderen Steuersatz des § 30a Abs 1 EStG in der Höhe von 30 % unterliegen, und diese Einkünfte somit einer gesonderten, auf das private Resteinkommen nicht progressionserhöhend wirkenden Besteuerung unterzogen werden (sog. „Immobilienertragsteuer“);
- bei Vorliegen eines oder mehrerer Befreiungstatbestände des § 30 Abs 2 EStG eine Besteuerung in diesem Sinne nicht stattfindet, d.h. sofern das veräußerte Eigenheim oder die veräußerte Eigentumswohnung samt Grund und Boden der Verkäufer

- ab der Anschaffung bis zur Veräußerung für mindestens zwei Jahre durchgehend als Hauptwohnsitz gedient haben und der Hauptwohnsitz aufgegeben wird,
 - innerhalb der letzten zehn Jahre vor der Veräußerung mindestens fünf Jahre durchgehend als Hauptwohnsitz gedient haben und der Hauptwohnsitz aufgegeben wird, oder
 - es sich um selbst hergestellte Gebäude handelt, soweit diese innerhalb der letzten zehn Jahre nicht zur Erzielung von Einkünften gedient haben;
- bei Einkünften aus privaten Immobilienveräußerungen die entrichtete „Immobilienveräußerungssteuer“ grundsätzlich Abgeltungswirkung entfaltet, d.h. die hieraus erzielten Einkünfte nicht in der Steuererklärung der Verkäufer anzuführen sind, sofern die der Selbstberechnung zugrunde liegenden Angaben der Verkäufer den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen (§ 30b Abs 2 S 2 EStG);
 - bei Selbstberechnung und Entrichtung der Immobilienveräußerungssteuer durch den Vertragsverfasser den Verkäufern weiterhin die Möglichkeit einer Veranlagung auf Antrag offen steht (§ 30b Abs 3 S 1 EStG), insbesondere für den Fall, dass die Verkäufer anstelle der im Rahmen der Selbstberechnung angewendeten
 - Pauschalbesteuerung gem. § 30 Abs 4 EStG den tatsächlichen Überschuss aus einer privaten Grundstücksveräußerung gem. § 30 Abs 3 EStG ermitteln will;
 - den Verkäufern gem. § 30a Abs 2 EStG das Recht zusteht, einen Antrag auf Anwendung des allgemeinen progressiven Steuersatzes („Regelbesteuerungsoption“) zu stellen;

Die Verkäufer erklären demgemäß, dass:

1. es sich beim im Vertragspunkt I. (erstens) näher bezeichneten Vertragsgegenstand um sog. „Altvermögen“ handelt, da dieses zum 31.03.2012 (einunddreißigsten März zweitausendzweölf) nicht mehr steuerverfangen gewesen ist;
2. kein Tatbestand zur Geltendmachung einer Befreiungsbestimmung iSd § 30 Abs 2 EStG vorliegt,
3. die Angaben zum gemäß Vertragspunkt III. (drittens) genannten Kaufpreis richtig und vollständig sind und insbesondere keine die Gegenleistung betreffenden außervertraglichen Nebenabreden bestehen,
4. die erstmalige Umwidmung des Vertragsgegenstandes in Bauland-Kerngebiet bereits vor dem 31.12.1987 erfolgt ist, und

5. der Vertragserrichter mit der Selbstbemessung der Immobilienertragsteuer unter Zugrundelegung der Pauschalierungsermächtigung gem. § 30 Abs 4 Z 2 EStG (somit 4,2 % vom Kaufpreis) beauftragt und ermächtigt wird.

XII. Ausfertigungen

Dieser Vertrag wird in einer Urschrift errichtet, welche nach Verbücherung den Käufern zukommt. Sämtliche übrigen Vertragsparteien erhalten eine Abschrift. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform. Dies gilt auch für ein eventuelles Abgehen von diesem Formerfordernis.

XIII. Vollmacht

Sämtliche Vertragsparteien bevollmächtigen Frau Gerlinde Handsteiner, geb. 09.09.1973, Notariatsangestellte, Mühlstraße 1, 3340 Waidhofen an der Ybbs, sämtliche zur grundbücherlichen Durchführung dieses Kaufvertrages allenfalls erforderlichen Urkunden in grundbuchsfähiger Form zu errichten und sämtliche Erklärungen und Anträge im Vollmachtsnamen für die Vertragsparteien gegenüber dem Grundbuchsgericht und sonstigen Behörden abzugeben. Diese Vollmacht berechtigt insbesondere zur Doppelvertretung und zum Abschluss von In-Sich-Geschäften.

XIV. Erklärung Geldwäscherichtlinie

Die Käufer erklären, in Entsprechung der Verpflichtung gemäß der EU-Richtlinien in der derzeit geltenden Fassung („Geldwäscherichtlinien“), dass es sich bei ihnen um keine „politisch exponierten Personen (PEP)“ handelt, sie überdies in keinem Naheverhältnis zu solchen Personen stehen oder in den letzten 12 Monaten vor Anbahnung dieses Rechtsgeschäftes standen, und dass das zugrundeliegende Rechtsgeschäft nicht der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung dient.

XV. Urkundenarchiv

Die Parteien ersuchen den Urkundenverfasser, diese Urkunde und die allenfalls zur Verbücherung erforderlichen Nebenurkunden zeitlich unbefristet im Urkundenarchiv des österreichischen Notariats zu speichern und erteilen ihre ausdrückliche Zustimmung, dass ihre personenbezogenen – bei Gesellschaften die gesellschaftsbezogenen – Daten, Datum, Gegenstand und Inhalt der Urkunden, sowie der Urkundenverfasser, im elektronisch geführten Urkundenarchiv des österreichischen Notariats aufgenommen werden. Der Urkundenverfasser wird als Berechtigter im Sinne des § 140 e (2) der Notariatsordnung (NO) bezeichnet. Die Parteien wurden weiters darüber belehrt, dass diese Daten der Verschwiegenheitspflicht nach § 37 NO unterliegen, dass nur der oben als „Berechtigter“ bezeichnete Notar oder sein Substitut zu den von ihm gespeicherten Urkunden unbeschränkten Zugriff hat und dass aufgrund entsprechender gesetzlicher Regelungen oder Abkommen Gerichten, Verwaltungs-, insbesondere Abgabenbehörden lesender Zugriff auf die im Archiv abgelegten Daten gewährt werden kann bzw. zu gewähren ist. Des Weiteren wird zugestimmt, dass diese Urkunde und die allenfalls zur Verbücherung erforderlichen Nebenurkunden für das Bundesministerium für Justiz und das Bundesministerium für Finanzen freigegeben wird und die entsprechenden Zugriffscodes zu diesen Urkunden diesen und den diesen untergeordneten Behörden

bekanntgegeben werden, damit diese Urkunden in die elektronisch geführten Urkundensammlungen der Gerichte aufgenommen werden können.

10. **Statutenänderungen Verein Ybbstalradweg:**

Wie unter Punkt 3 bereits besprochen ist eine Änderung der Statuten notwendig. Künftig sollen auch Personen, die nicht dem jeweiligem Gemeinderat angehören Funktionäre bzw. Obmann // Obfrau beim Verein Gemeindeverband Ybbstal sein können.

Über Antrag von Bürgermeisterin Manuela Zebenholzer beschließt daher der Gemeinderat nachstehende Statuten des Vereines Gemeindeverband Ybbstal

§ 1: Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

(1) Der Verein führt den Namen "**Gemeindeverband Ybbstal**".

(2) Er hat seinen Sitz in **Amonstraße 16, 3293 Lunz/See** und erstreckt seine Tätigkeit auf das **Gebiet der Gemeinden**

Göstling an der Ybbs
Gaming
Hollenstein an der Ybbs
Lunz am See
Opponitz
St. Georgen am Reith
Waidhofen an der Ybbs
Ybbsitz

(3) Die Errichtung von Zweigvereinen ist nicht beabsichtigt.

§ 2: Zweck

Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, obliegt die Planung, Errichtung und Erhaltung des neu geschaffenen und des bereits bestehenden Ybbstalradweges Waidhofen/Ybbs-Ybbsitz-Lunz am See samt den erforderlichen Nebenanlagen und den ungenutzten Bereichen der aufgelassenen Ybbstalbahn. Weiters fungiert der Verein als Plattform für gemeindeübergreifende Infrastrukturprojekte.

§ 3: Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks

(1) Der Vereinszweck soll durch die in den Abs. 2 und 3 angeführten ideellen und materiellen Mittel erreicht werden.

(2) Als ideelle Mittel dienen

- a) Vorträge**
- b) Versammlungen**

- c) **Gesellige Zusammenkünfte**
 - d) **Diskussions-&Informationsveranstaltungen**
 - e) **Herausgabe von Publikationen und Informationsmitteln**
- (3) Die erforderlichen materiellen Mittel können aufgebracht werden durch
- a) **Beitrittsgebühren und Mitgliedsbeiträge**
 - b) **Spenden, Sammlungen und Sonstige Zuwendungen**
 - c) **Förderungen der öffentlichen Hand**
 - d) **Sonstigen Beiträgen der Mitgliedsgemeinden**

§ 4: Arten der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in ordentliche, außerordentliche und Ehrenmitglieder.
- (2) **Ordentliche Mitglieder sind Gemeinden**, vertreten jeweils durch den Bürgermeister oder in dessen Vertretung durch eine vom Gemeinderat an seiner statt namhaft gemachten Person der jeweiligen Gemeinde. **Außerordentliche Mitglieder sind Personen, Organisationen und Körperschaften, die die Vereinstätigkeit besonders fördern:** durch ihr inhaltliches Engagement oder durch besondere Zuwendungen an den Verein oder durch Zahlung eines erhöhten Mitgliedsbeitrags. Ehrenmitglieder sind Personen, die hiezu wegen besonderer Verdienste um den Verein ernannt werden.

§ 5: Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Ordentliche Mitglieder des Vereins können alle an der Ybbstalbahnstrecke liegenden Gemeinden werden. Außerordentliche Mitglieder können alle physischen Personen, sowie juristische Personen und rechtsfähige Personengesellschaften werden.
- (2) Über die Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern entscheidet der Vorstand. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.
- (3) Bis zur Entstehung des Vereins erfolgt die vorläufige Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern durch die Vereinsgründer, im Fall eines bereits bestellten Vorstands durch diesen. Diese Mitgliedschaft wird erst mit Entstehung des Vereins wirksam.
- (4) Die Ernennung zum Ehrenmitglied erfolgt auf Antrag des Vorstands durch die Generalversammlung.

§ 6: Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, bei juristischen Personen und rechtsfähigen Personengesellschaften durch Verlust der Rechtspersönlichkeit, durch freiwilligen Austritt und durch Ausschluss.

- (2) Freiwillig kann eine Gemeinde unter Zugrundelegung der Begründung „Wirtschaftlicher Unzumutbarkeit“ nur dann ausscheiden, wenn durch die Landesregierung als Aufsichtsbehörde festgestellt wird, dass diese Gemeinde ihre gesetzlichen Verpflichtungen nicht mehr zu erfüllen vermag, wenn sie weiter dem Verein angehört.
- (3) Die ausscheidende Gemeinde hat, wenn der Vereinszweck sonst nicht erfüllt werden kann, erforderlichenfalls ihre Rechte am Vereinsvermögen an diesen abzutreten, Eigentum zu übertragen, Dienstbarkeiten einzuräumen und bei Eintritt eines Schadens Ersatz zu leisten.
- (4) Wird durch das Ausscheiden die weitere Erfüllung des Verbandszweckes nicht gefährdet, gilt hinsichtlich der vermögensrechtlichen Ansprüche sinngemäß, dass Rechte und Pflichten zuerst an die weiteren Verbandsmitglieder und dann erst an Dritte ergehen.
- (5) Die Gemeinde haftet jedenfalls für die bis zu ihrem rechtskräftigen Ausscheiden angelaufenen Verbindlichkeiten und Aufwendungen des Vereines anteilig, sofern beim Austrittsbeschluss von der Generalversammlung nicht ausdrücklich anderes festgelegt worden ist.
- (6) Der Austritt kann nur **zum 31. Dezember jeden Jahres** erfolgen. Er muss dem Vorstand mindestens **6 Monate** vorher schriftlich mitgeteilt werden. Erfolgt die Anzeige verspätet, so ist sie erst zum nächsten Austrittstermin wirksam. Für die Rechtzeitigkeit ist das Datum der Postaufgabe maßgeblich.
- (7) Der Vorstand kann ein Mitglied ausschließen, wenn dieses trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung unter Setzung einer angemessenen Nachfrist länger als sechs Monate mit der Zahlung der Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist. Die Verpflichtung zur Zahlung der fällig gewordenen Mitgliedsbeiträge bleibt hievon unberührt.
- (8) Der Ausschluss eines Mitglieds aus dem Verein kann vom Vorstand auch wegen grober Verletzung anderer Mitgliedspflichten und wegen unehrenhaften Verhaltens verfügt werden.
- (9) Die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft kann aus den im Abs. 8 genannten Gründen von der Generalversammlung über Antrag des Vorstands beschlossen werden.

§ 7: Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins zu beanspruchen. Das Stimmrecht in der Generalversammlung und im Vorstand sowie das aktive und passive Wahlrecht steht nur den ordentlichen Mitgliedern zu.

- (2) Jedes Mitglied ist berechtigt, vom Vorstand die Ausföhlung der Statuten zu verlangen.
- (3) Mindestens ein Zehntel der Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung einer Generalversammlung verlangen.
- (4) Die Mitglieder sind in jeder Generalversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit und finanzielle Gebarung des Vereins zu informieren. Wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder dies unter Angabe von Gründen verlangt, hat der Vorstand den betreffenden Mitgliedern eine solche Information auch sonst binnen vier Wochen zu geben.
- (5) Die Mitglieder sind vom Vorstand über den geprüften Rechnungsabschluss (Rechnungslegung) zu informieren. Geschieht dies in der Generalversammlung, sind die Rechnungsprüfer einzubinden.
- (6) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins Abbruch erleiden könnte. Sie haben die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten. Die ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder sind zur pünktlichen Zahlung der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge in der von der Generalversammlung beschlossenen Höhe verpflichtet.

§ 8: Vereinsorgane

Organe des Vereins sind die Generalversammlung (§§ 9 und 10), der Vorstand (§§ 11 bis 13), die Rechnungsprüfer (§ 14) und das Schiedsgericht (§ 15).

§ 9: Generalversammlung

- (1) Die Generalversammlung ist die „Mitgliederversammlung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Eine ordentliche Generalversammlung findet zumindest jährlich statt.
- (2) Eine außerordentliche Generalversammlung findet auf
 - a. Beschluss des Vorstands oder der ordentlichen Generalversammlung,
 - b. schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder,
 - c. Verlangen der Rechnungsprüfer (§ 21 Abs. 5 erster Satz VereinsG),
 - d. Beschluss der/eines Rechnungsprüfer/s (§ 21 Abs. 5 zweiter Satz VereinsG, § 11 Abs. 2 dritter Satz dieser Statuten),
 - e. Beschluss eines gerichtlich bestellten Kurators (§ 11 Abs. 2 letzter Satz dieser Statuten)

binnen vier Wochen statt.

- (3) Sowohl zu den ordentlichen wie auch zu den außerordentlichen Generalversammlungen sind alle Mitglieder mindestens zwei Wochen vor dem Termin schriftlich, mittels Telefax oder per E-Mail (an die vom Mitglied dem Verein bekanntgegebene Fax-Nummer oder E-Mail-Adresse) einzuladen. Die Anberaumung der Generalversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand (Abs. 1 und Abs. 2 lit. a – c), durch die/einen Rechnungsprüfer (Abs. 2 lit. d) oder durch einen gerichtlich bestellten Kurator (Abs. 2 lit. e).
- (4) Anträge zur Generalversammlung sind mindestens drei Tage vor dem Termin der Generalversammlung beim Vorstand schriftlich, mittels Telefax oder per E-Mail einzureichen.
- (5) Gültige Beschlüsse – ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung – können nur zur Tagesordnung gefasst werden.
- (6) Bei der Generalversammlung sind alle Mitglieder teilnahmeberechtigt. Stimmberechtigt sind nur die ordentlichen Mitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Übertragung des Stimmrechts auf ein anderes Mitglied im Wege einer schriftlichen Bevollmächtigung ist zulässig. Bei juristischen Personen kann die Stimme nur von einer Person ausgeübt werden, die nach den Richtlinien der jeweiligen juristischen Person, der sie angehört, von dieser namhaft gemacht worden ist.
- (7) Die Generalversammlung ist beschlussfähig, wenn die Anwesenheit der Vertreter von mindestens zwei Drittel der ordentlichen Mitglieder gegeben ist.
- (8) Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen mit einfacher Stimmenmehrheit. Für Beschlüsse, mit denen das Statut des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, ist eine 2/3-Mehrheit erforderlich.
- (9) Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der/die Obmann/Obfrau, in dessen/deren Verhinderung sein/e/ihr/e Stellvertreter/in. Wenn auch diese/r verhindert ist, so führt das an Jahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.

§ 10: Aufgaben der Generalversammlung

Der Generalversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

- a) Beschlussfassung über den Voranschlag;
- b) Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses unter Einbindung der Rechnungsprüfer;
- c) Wahl und Enthebung der Mitglieder des Vorstands und der Rechnungsprüfer;
- d) Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen Rechnungsprüfern und Verein;
- e) Entlastung des Vorstands;

- f) Festsetzung der Höhe der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge für ordentliche und für außerordentliche Mitglieder;
- g) Verleihung und Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft;
- h) Beschlussfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins;
- i) Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen.

§ 11: Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus acht Mitgliedern, und zwar aus Obmann/Obfrau und Stellvertreter/in und weiteren 6 Vorstandsmitgliedern. Jede vereinsangehörige Gemeinde entsendet als Vertretung 1 Mitglied (idealerweise den Bürgermeister) in den Vereinsvorstand. Scheidet ein Mitglied des Verbandsvorstandes aus, ist es durch ein von der jeweiligen Gemeinde vorzuschlagendes neues Mitglied für den Rest der Funktionsperiode zu ersetzen.
Zusätzlich zu den 8 gewählten Vorstandsmitgliedern obliegt es dem Vorstand auch noch, 2 weitere Mitglieder aus den außerordentlichen Mitgliedern in den Vorstand zu kooptieren.
- (2) Der Vorstand wird von der Generalversammlung gewählt. Der Vorstand hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds das Recht, an seine Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung in der nächstfolgenden Generalversammlung einzuholen ist.
- (3) Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt jeweils 5 Jahre und folgt der Legislaturperiode des Gemeinderates der vereinsangehörigen Gemeinden; Die Bestellung des Vereinsvorstandes hat spätestens sechs Monate nach jeder allgemeinen Gemeinderatswahl zu erfolgen.
- (4) Der Vorstand wird vom Obmann/von der Obfrau, bei Verhinderung von seinem/seiner/ihrem/ihrer Stellvertreter/in, schriftlich oder mündlich einberufen. Ist auch diese/r auf unvorhersehbar lange Zeit verhindert, darf jedes sonstige Vorstandsmitglied den Vorstand einberufen.
- (5) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens die Hälfte von ihnen anwesend ist.
- (6) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit.
- (7) Den Vorsitz führt der/die Obmann/Obfrau, bei Verhinderung sein/e/ihr/e Stellvertreter/in. Ist auch diese/r verhindert, obliegt der Vorsitz dem an Jahren ältesten anwesenden Vorstandsmitglied oder jenem Vorstandsmitglied, das die übrigen Vorstandsmitglieder mehrheitlich dazu bestimmen.

- (8) Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands an die Generalversammlung zu richten. Der Rücktritt wird erst mit Wahl bzw. Kooptierung (Abs. 2) eines Nachfolgers wirksam.

§ 12: Aufgaben des Vorstands

Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins. Er ist das „Leitungsorgan“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

- (1) Einrichtung eines den Anforderungen des Vereins entsprechenden Rechnungswesens mit laufender Aufzeichnung der Einnahmen/Ausgaben und Führung eines Vermögensverzeichnisses als Mindestanforderung;
- (2) Erstellung des Jahresvoranschlags, des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses;
- (3) Vorbereitung und Einberufung der Generalversammlung in den Fällen des § 9 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a – c dieser Statuten;
- (4) Information der Vereinsmitglieder über die Vereinstätigkeit, die Vereinsgebarung und den geprüften Rechnungsabschluss;
- (5) Verwaltung des Vereinsvermögens;
- (6) Vorberatung und Antragstellung der zum Wirkungskreis der Generalversammlung gehörenden Angelegenheiten,
- (7) Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins.
- (8) Abschluss von Rechtsgeschäften, durch welche der Verein sich zu einer Leistung verpflichtet. Wobei dieses Recht vom Vorstand an den Vereinsobmann bis zu einer Wertgrenze von 5% der Einnahmen des ordentlichen Voranschlags des jeweiligen Haushaltsjahres – jedoch auf jeden Fall bis € 10.000,-- übertragen werden kann.
- (9) Aufnahme und Ausschluss von ordentlichen und außerordentlichen Vereinsmitgliedern;

§ 13: Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder

- (1) Der/die Obmann/Obfrau führt die laufenden Geschäfte des Vereins.
- (2) Der/die Obmann/Obfrau führt den Vorsitz in der Generalversammlung und im Vorstand.

- (3) Der/die Obmann/Obfrau vertritt den Verein nach außen. Schriftliche Ausfertigungen des Vereins im Allgemeinen und auch in Geldangelegenheiten im Besonderen bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschriften des/der Obmanns/Obfrau und des Stellvertreters/der Stellvertreterin. Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und Verein bedürfen der Zustimmung eines anderen Vorstandsmitglieds.
- (4) Der Vereinsobmann ist im Falle seiner Verhinderung durch den Vereinsobmann-Stellvertreter zu vertreten. Ist dieser verhindert, wird der Vereinsobmann durch das von ihm bestimmte oder mangels einer solchen Bestimmung durch das vom Vereinsvorstand berufene Mitglied des Vereinsvorstandes vertreten. Die Einberufung zu dieser Sitzung erfolgt durch das an Jahren älteste Mitglied des Vereinsvorstandes (Altersvorsitzender).
- (5) Bei Gefahr im Verzug ist der/die Obmann/Obfrau berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstands fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen; im Innenverhältnis bedürfen diese jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan.

§ 14: Rechnungsprüfer

- (1) Drei Rechnungsprüfer werden von der Generalversammlung auf die Dauer der Vorstandsbestellung – also auf die Laufzeit der üblichen Gemeinderatsperiode gewählt. Die Rechnungsprüfer dürfen keinem Organ des Vereines angehören, müssen jedoch aus 3 unterschiedlichen dem Verein angehörigen Gemeinden kommen und dort Mitglieder des Gemeinderates sein.
- (2) Den Rechnungsprüfern obliegt die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel. Der Vorstand hat den Rechnungsprüfern die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (3) Die Überprüfung ist mindestens einmal jährlich vorzunehmen. Das Ergebnis ist in einem schriftlichen Bericht der Generalversammlung anlässlich der Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss vorzulegen.
- (4) Rechtsgeschäfte zwischen Rechnungsprüfern und Verein bedürfen der Genehmigung durch die Generalversammlung. Im Übrigen gelten für die Rechnungsprüfer die Bestimmungen des § 11 Abs. 8 bis 10 sinngemäß.

§ 15: Schiedsgericht

- (1) Zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht berufen. Es ist eine „Schlichtungseinrichtung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach den §§ 577 ff ZPO.

- (2) Das Schiedsgericht setzt sich aus drei ordentlichen Vereinsmitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, dass ein Streitteil dem Vorstand ein Mitglied als Schiedsrichter schriftlich namhaft macht. Über Aufforderung durch den Vorstand binnen sieben Tagen macht der andere Streitteil innerhalb von 14 Tagen seinerseits ein Mitglied des Schiedsgerichts namhaft. Nach Verständigung durch den Vorstand innerhalb von sieben Tagen wählen die namhaft gemachten Schiedsrichter binnen weiterer 14 Tage ein drittes ordentliches Mitglied zum/zur Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Bei Stimmengleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist.
- (3) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.

§ 16: Freiwillige Auflösung des Vereins

- (1) Die freiwillige Auflösung des Vereins kann nur in einer Generalversammlung und nur einstimmig beschlossen werden.
- (2) Diese Generalversammlung hat auch – sofern Vereinsvermögen vorhanden ist – über die Abwicklung zu beschließen.
- (3) Insbesondere hat sie einen Abwickler zu berufen und Beschluss darüber zu fassen, wem dieser das nach Abdeckung der Passiven verbleibende Vereinsvermögen zu übertragen hat. Dieses Vermögen soll, wenn nicht durch privatrechtliche Vereinbarungen zwischen dem Verein und Dritten anders bestimmt, den Mitgliedsgemeinden zu gleichen Teilen zufallen, ansonsten soweit dies möglich und erlaubt ist, einer Organisation zufallen, die gleiche oder ähnliche Zwecke wie dieser Verein verfolgt, ansonsten Zwecken der Sozialhilfe und sozialen Wohlfahrt.
- (4) Die Mitgliedsgemeinden und das betroffene beim Verein zum Zeitpunkt der Auflösung angestellte Personal sollen sich innerhalb von drei Monaten ab der Auflösung des Gemeindeverbandes über die Begründung eines Dienstverhältnisses zu einer der beteiligten vereinsangehörigen Gemeinden einigen. Kommt eine Einigung nicht zustande, dann gilt das zum aufgelösten Verein bestandene Dienstverhältnis spätestens zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Auflösung des Vereines ebenfalls als aufgelöst.

11. Personalangelegenheiten: (Vertraulich) – siehe vertraulicher Teil des Protokolls

a) Aufnahme einer Verwaltungsfachkraft:

Der Gemeinderat beschließt die Aufnahme von Frau Gudrun Sonnleitner als Verwaltungsfachkraft beim Licht- und Kraftvertrieb der Gemeinde.

b) Überstellung von VB Evelyn Gratzer vom LKV zur Gemeinde

Gleichzeitig beschließt der Gemeinderat mit dem Eintrittsdatum von Frau Sonnleitner die Vertragsbedienstete Evelyn Gratzer vom Licht- und Kraftvertrieb zur Gemeinde zu überstellen.

Ende 21:00 Uhr

Protokollprüfer SPÖ
Forstenlechner e.h.

Bürgermeisterin
Zeberholzer e.h.

Protokollprüfer ÖVP
Buder e.h.

Schritfführer
Kefer e.h.